

NEWSLETTER FEBRUAR 2012

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde,

es wird immer offensichtlicher, dass Schwarz-Gelb zwar den Ausstieg aus der Atomenergie mitgetragen hat, den notwendigen Umbau der Energieversorgung hin zu den Erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz aber nicht willens oder in der Lage ist voranzutreiben. Nicht anders ist zu erklären, dass Union und FDP gemeinsam mit den großen Energiekonzernen momentan versuchen, Verunsicherung beim Thema Energiewende zu stiften. Ein Beispiel dafür ist, dass Bundeswirtschaftsminister und FDP-Vorsitzender Rösler vorgeschlagen hat, die Förderung nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) durch ein Quotenmodell zu ersetzen. Erfahrungen, z. B. aus Großbritannien zeigen aber, dass ein solches Modell lediglich zu höheren Energiepreisen und zum viel langsameren Ausbau der Erneuerbaren Energien geführt hat. Doch mit diesem Vorschlag bedient Rösler die Interessen der fossil-nuklearen Energiewirtschaft. Von einem Quotenmodell wie Großbritannien profitieren vor allem Großkonzerne und nicht Bürgerinnen und Bürger und die mittelständische Wirtschaft wie beim EEG. Mit seinen permanenten Angriffen auf die Photovoltaik stellen Rösler und weite Teil der schwarz-gelben Koalition in Berlin den Ausbau der Erneuerbaren Energie infrage und damit auch die vielen positiven Effekte, die mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien einhergehen.

Doch lesen Sie am besten selbst mehr über dieses und viele weitere spannende energiepolitische Themen in meinem aktuellen Newsletter.

Oliver Krischer

- 1. Energiepolitischer Blindflug der Bundesregierung beim EEG**
- 2. Bundesregierung versagt bei Energieeffizienz**
- 3. Bundestagsdebatte über Bergrechts-Reform**
- 4. Beschluss über Antrag zur Erdölgewinnung aus Teersanden vertagt**
- 5. Klimafonds ohne Geld schadet auch noch dem Klima**
- 6. Mini-KWK-Impulsprogramm wieder eingeführt**
- 7. Aktueller Stand CCS**
- 8. Umweltbundesamt veröffentlicht Studie zur Schiefergasförderung**
- 9. Bundesregierung samt Röttgen müssen Atomtransporte absagen**
- 10. Verzögerter Baubeginn bei niederländischem AKW – Erster Teilerfolg**

11. Klimaschutz aktiv - Nur wer seine CO2 Bilanz kennt kann handeln

12. Fachgespräch: Brauchen wir Kapazitätsmechanismen?

1) Energiepolitischer Blindflug der Bundesregierung beim EEG

In einem [Zeitungsinterview](#) hat Bundeswirtschaftsminister Rösler (FDP) gefordert, das [Erneuerbare-Energien-Gesetz \(EEG\) durch ein Quotensystem](#) - wo Energieversorger entscheiden können, mit welcher Technologie sie eine festgelegte Quote erfüllen - zu ersetzen. Doch durch diese Maßnahme gefährdet die schwarz-gelbe Koalition hunderttausende Arbeitsplätze. Weitere Infos sowie schlagkräftige Argumente für die Beibehaltung des EEG finden sich [HIER](#).

Die Auseinandersetzung zwischen Rösler und Röttgen steht exemplarisch für den ungelösten Streit innerhalb der Koalition über den zukünftigen Kurs in der Energiepolitik. Trotz beschlossenen Atomausstieg und der Sonntagsreden über Erneuerbaren Energien scheint längst klar, dass diese Regierung nicht wirklich bereit und in der Lage ist, den Weg der Energiewende weiterzugehen. Der Kollateralschaden ist Verunsicherung der Energiewirtschaft mit der Folge ausbleibender Investitionen.

2) Bundesregierung versagt bei Energieeffizienz

Weiterhin keine Einigung von Schwarz-Gelb beim Thema EU-Energieeffizienzrichtlinie. Rösler will anders als Röttgen verhindern, dass die EU-Richtlinie verpflichtende Maßnahmen für mehr Energieeffizienz vorschreibt. Der FDP-Chef spricht von „Sozialismus“ und „Planwirtschaft“, ignoriert aber völlig, dass eine Steigerung der Energieeffizienz nicht von alleine kommt. Bereits ein Treffen im Bundeskanzleramt ergab keine Einigung. Das Resultat ist, dass ausgerechnet der selbsternannte Effizienzweltmeister Deutschland in Brüssel Fortschritte bei der Energieeffizienzpolitik blockiert, die z. B. Großbritannien oder Frankreich explizit einfordern. Warum Deutschland eine verbindliche Effizienzpolitik braucht, und warum sie uns über 14 Milliarden Euro an Kosten spart und 120 000 Arbeitsplätze sichert, findet sich [HIER](#).

Als Reaktion auf die Zerstrittenheit der Bundesregierung beim Thema Energieeffizienz fordern über 30 führende Wissenschaftler in einem gemeinsamen Aufruf eine verlässliche, verbindliche und beherrschte Energieeffizienzpolitik. Weitere Infos und der komplette Brief an die Bundesregierung findet sich [HIER](#). Compact hat zudem zu einer Unterschriften-Aktion an die Bundesregierung aufgerufen, die sie auffordert endlich zu handeln und die Energieeffizienz-Richtlinie in Brüssel nicht zu verwässern. Der Eil-Appell kann [HIER](#) unterzeichnet werden.

3) Bundestagsdebatte über Bergrechts-Reform

Der Bundestag hat am 25.01.2012 über den Grünen Antrag [Ein neues Bergrecht für das 21. Jahrhundert](#) in erster Lesung beraten. Wir fordern in dem Antrag die Anpassung des antiquierten und undemokratischen deutschen Bergrechts an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts. Das zum Teil auf das Preußische Berggesetz von 1865 zurückgehende Bergrecht enthält erhebliche Defizite bei Transparenz, Bürgerbeteiligung und Interessenschutz für Privatpersonen. Auch durch die Entwicklung neuer Technologien wie Geothermie, Unkonventionelles Erdgas und die Errichtung großer Erdgasspeicher wird das gültige Bergrecht zunehmend infrage gestellt. Meine Rede zur Debatte finden sie [HIER](#).

Die Reden der anderen Parteien können [HIER](#) ab PDF-Seite 185 abgerufen werden.

4) Beschluss über Antrag zur Erdölgewinnung aus Teersanden vertagt

Der Beschluss des Unterausschusses über den Grünen Antrag [Schlechte Treibhausgasbilanz von Kraftstoffen aus Teersanden bei der Umsetzung der EU-Kraftstoffqualitätsrichtlinie berücksichtigen](#) der Grünen Bundestagsfraktion wurde am 18.01.2011 verschoben, da eine interfraktionelle Einigung möglich erscheint. Das wäre ein gutes Signal den Import von extrem umwelt- und klimaschädlichen Öl aus Teersanden vor allem aus Kanada zu verhindern. Weitere Hintergründe finden sich [HIER](#).

5) Klimafonds ohne Geld schadet auch noch dem Klima

Eine Berechnung der Grünen Bundestagsfraktion hat ergeben: Durch das geplante Kraftwerksförderprogramm der schwarz-gelben Bundesregierung für fossile Kraftwerke würden die CO₂-Emissionen bis zu viermal höher sein als der Effekt der Reduzierung etwa durch die energetische Gebäudesanierung. Weitere Infos [HIER](#).

Darüber hinaus führt der Einbruch bei den Preisen der Emissionszertifikate (auf z.Zt. 7 statt der kalkulierten 17 Euro) dazu, dass weite Teile des Fonds nicht finanzierbar sind. Auf eine Anfrage der Grünen musste die Bundesregierung jetzt eingestehen, dass statt der veranschlagten 1,5 Milliarden Euro aus dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm mittlerweile nur noch 900 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Mehr dazu [HIER](#).

6) Mini-KWK-Impulsprogramm wieder eingeführt

Die Bundesregierung hat nach monatelangem Hin und Her das Impulsprogramm zur Einführung von Mini-KWK-Anlagen wieder eingeführt. Mitte Januar wurde die neue Förderrichtlinie veröffentlicht. Es ist zu begrüßen, dass das Programm wieder neu aufgelegt wurde, da es sich bei Mini-KWK-Anlagen um die ideale Ergänzung zur Stromerzeugung aus fluktuierenden Erneuerbaren Energien handelt. Die zwischenzeitliche Aussetzung des Programms erscheint nun jedoch umso unverständlicher. Eine ganze Branche wurde dadurch über Monate hinweg schwer verunsichert und sah sich Umsatzeinbrüchen ausgesetzt. Weitere Informationen zur neuen Förderrichtlinie sowie eine Bewertung finden sich [HIER](#).

7) Aktueller Stand CCS

Die Fronten bei der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Abscheidung, Transport und geologischen Speicherung von CO₂ (CCS) sind weiter verhärtet. Dies ist das Ergebnis weiterer Beratungen im Rahmen des Vermittlungsausschusses zwischen Bundestag und Bundesrat. Bündnis 90/Die Grünen im Bund und in den Landesregierungen plädieren auch weiterhin dafür, lediglich ein schmales Forschungsgesetz für prozessbedingte Industrieemissionen – wie sie etwa in der Stahl- Zement- oder chemischen Industrie anfallen – zu verabschieden. Die detaillierte Position findet sich [HIER](#). Doch die Bundesregierung und allen voran das Rot-Rot regierte Brandenburg sprechen sich weiterhin für eine großtechnische Verpressung aus.

8) Umweltbundesamt veröffentlicht Studie zur Schiefergasförderung

Das Umweltbundesamt (UfA) hat eine aktualisierte Stellungnahme zu den Auswirkungen einer möglichen Schiefergasförderung in Deutschland vorgelegt. Darin eingeflossen sind die bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Schiefergasförderung. Hintergrundinformationen sowie die Stellungnahme selbst finden sich [HIER](#).

9) Bundesregierung samt Röttgen müssen Atomtransporte absagen

Der Bund als Mehrheitsgesellschafter des Atommüllzwischenlagers Jülich will die Atommüllbehälter mit rund 300.000 hochradioaktiven Brennelemente-Kugeln aus dem Forschungszentrum Jülich nach Ahaus transportieren. Dies geschieht explizit gegen den Willen der rot-grünen Landesregierung in Düsseldorf. Der Transport der 152 Castoren birgt erhebliche Risiken, weshalb sich Bündnis 90/Die Grünen für eine Verlängerung der Genehmigung mit den damit verbundenen hohen Sicherheitsanforderungen einsetzen. Doch der Bund und konkret Norbert Röttgen als Bundesumweltminister - zugleich NRW-Landesvorsitzender der CDU – weigert sich. In einem [Offenen Brief](#) an Röttgen fordern die Grünen NRW-Landesvorsitzenden den Umweltminister auf, sich genauso wie die Landesregierung für den Verbleib der Reaktoren in Jülich einzusetzen. Dies ist auch die Forderung der Anti-AKW-Demo Ende Dezember. Infos und ein Video findet sich [HIER](#).

10) Verzögerter Baubeginn bei niederländischem AKW – Erster Teilerfolg

Vor wenigen Tagen haben die Projektbeteiligten vom geplanten umstrittenen Atomkraftwerksneubau – zu denen auch der deutsche Energiekonzern RWE gehört – angekündigt, den Baubeginn um 2 bis 3 Jahre zu verschieben. Dies ist ein erster Teilerfolg für die Anti-AKW-Bewegung in den Niederlanden, aber auch aus den angrenzenden Staaten. Denn in der Vergangenheit haben u.a. Bündnis 90/Die Grünen immer wieder auf die Gefahren auf für Deutschland bei einem möglichen Reaktorunfall in Borssele – wie im japanischen Fukushima geschehen – hingewiesen. Weitere Infos [HIER](#). Es bleibt zu hoffen, dass der Druck der Bevölkerung in Holland und aus den angrenzenden Staaten noch stärker wird, so dass vom gesamten Bauprojekt Abstand genommen wird. [HIER](#) kann eine Mustereinwendung gegen das AKW heruntergeladen werden.

11) Klimaschutz aktiv - Nur wer seine CO2 Bilanz kennt kann handeln

Klimaschutz ist mittlerweile ein Querschnittsthema in allen Kommunen. Doch wo genau entsteht in der Kommune das CO₂? Wie viel entsteht insgesamt im Verhältnis zur Einwohnerzahl? Dazu gibt es nun für alle Städte und Kreise in NRW ein kostenloses Bilanzierungs-Tool namens ECORegion, welches vom Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz zur Verfügung gestellt wird. Das Programm erfasst dabei die CO₂-Emissionen möglichst vollständig, also auch die Emissionen der ganzen Lebenszykluskette. Durch eine solche regelmäßige und transparente Bilanz werden die Erfolge der Kommunen beim Klimaschutz sichtbar. Weitere Informationen sowie Schulungsangebote finden sich [HIER](#).

12) Fachgespräch: Brauchen wir Kapazitätsmechanismen?

Deutschland hat jede Menge Energie. Doch steht diese auch an jedem Ort zur richtigen Zeit zur Verfügung? Durch den Atomausstieg ist die Diskussion um die Versorgungssicherheit in Deutschland neu entflammt. Denn zusätzlich zum forcierten Ausbau erneuerbarer Energien werden auch neue, effiziente Kraftwerke benötigt, die rasch zu- oder abgeschaltet werden können, wenn der Wind nicht bläst und die Sonne nicht scheint. Daher macht die Forderung nach neuen Marktmodellen und Subventionsprogrammen die Runde. Denn der Markt setzt aktuell kaum Impulse für die Investition in neue fossile Kraftwerke, Experten raten daher zu einer politischen Flankierung. Ein vieldiskutiertes Instrument ist die Schaffung von Kapazitätsmechanismen, also einer Vergütung für die Bereitstellung von elektrischer

Erzeugungsleistung. Über dieses Thema diskutierten über 140 ExpertInnen auf einem Fachgespräch der grünen Bundestagsfraktion. Den Podcast sowie die Präsentationen der Referenten findet sich [HIER](#).

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der [Website von Oliver Krischer](#) dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken..